



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 10. Juni 2004

Gesch. Nr. 120/04

29.5 Schulwesen

Versuchsweise Einführung der Schulsozialarbeit an der Volksschule Illnau-Effretikon

[...]

6. GESCHÄFT-NR. 120/04

Versuchsweise Einführung der Schulsozialarbeit an der Volksschule Illnau-Effretikon

DISKUSSION IM RAT

Sprecher der GPK ist Ueli Müller. Er führt aus, dass vergleichbare Gemeinden bis heute gute Erfahrungen gemacht haben. Illnau wurde als Standort gewählt, da es dort eine Primar- und Oberstufe hat und momentan viele unschöne Dinge dort passieren. Die GPK ist der Meinung, dass auch auf das Schulhaus Watt ein Augenmerk gerichtet werden muss. Dies liegt jedoch mit 60 Stellenprozenten nicht drin. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Stelle in absehbarer Zeit auf 120 % bis 140 % erhöht werden muss. Schon heute ist zu sagen, dass die Stellen dann vorzugsweise mit einem Mann und einer Frau besetzt werden sollten. Der Erfolg der Schulsozialarbeit steht und fällt mit der Person, welche die Stelle übernimmt. Vorliegend haben wir eine versuchsweise Einführung. Die GPK fordert einen jährlichen Zwischenbericht im Rahmen des Geschäftsberichtes. Sie findet die Einführung sehr sinnvoll und empfiehlt dem Rat, das Geschäft anzunehmen.

André Buecheler, SVP, fragt, ob es eine detaillierte Auflistung der Pflichten und Kompetenzen dieser Stelle gibt.

Salomé Wyss der SP-Fraktion erklärt, dass sie die Vorlage unterstützen. Die Schulen haben mit immer mehr Problemen zu kämpfen und die Lehrkräfte sind nicht dafür ausgebildet. Sie brauchen professionelle Hilfe. Diese im Schulhaus zu integrieren ist sehr sinnvoll. So bleibt den Lehrerinnen und Lehrern mehr Zeit für ihren Erziehungs- und Leistungsauftrag. Das Niveau kann sich längerfristig verbessern. Aus Sicht der Schüler ist es sicher wichtig, dass sie eine Person haben, welche ihnen bei der Bewältigung ihrer Probleme hilft. Die Schüler müssen eine gute Beziehung zur Person aufbauen können. Deshalb ist es wichtig, dass sie im Schulhaus präsent ist.

Ruth Hildebrand spricht für die FDP/JLIE-Fraktion. Sie meint, dass es Tatsache ist, dass sich die Gesellschaft verändert hat. Wir haben veränderte Familienstrukturen und eine multikulturelle Zusammensetzung, was zur grossen Herausforderung wird. Die Aufgabe der Erziehung verlagert sich immer mehr von der Familie in die Schule. Minderheiten fallen auf, wodurch ganze Schulklassen in der Leistung zurückgeworfen werden. Die Lehrpersonen müssen die Funktion von Sozialarbeitern einnehmen. Wir haben heute schon ein gut funktionierendes Netzwerk von Hilfs- und Unterstützungsangeboten, jedoch nicht direkt auf der Schulanlage. Die Aufgaben müssen klar definiert und somit Doppelspurigkeiten verhindert werden. Der Erfolg kann nicht rechnerisch belegt werden. Den Eltern muss ans Herz gelegt werden, dass die Erziehungsverantwortung an ihnen liegt. Die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit wird aber erkannt und unterstützt. So kann ein frühes Auffangen gefährdeter Schüler angestrebt werden, was hoffentlich zu Minderkosten und erhöhtem Wohlbefinden der Schüler führt.

Ruth Zubek, CVP, zeigt Beispiele von Problemen auf, welche die Lehrer neben ihrem normalen Auftrag zu bewältigen haben. Das braucht viel Zeit. Unter der Situation leiden insbesondere die Kinder, welche keine Probleme verursachen. Auch die Schulpflege kommt an ihre Grenzen. Sie hilft wo sie kann, aber sie besteht aus Laien. Schulsozialarbeiter sind neutrale Personen mit Fachwissen. Mit Hilfe eines Solchen besteht die Möglichkeit, dass junge Lehrer ihren Beruf nicht so schnell aufgeben oder dass ein Kind länger in der



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juni 2004

Volksschule bleiben kann, anstelle es in eine teure Privatschule schicken zu müssen.

Urs Käppeli, SVP, ist der Meinung, dass eine einzelne Person die Schüler nicht erziehen kann. Die Lehrer müssen die Schüler einmal in den Senkel stellen. Obwohl wir sparen müssen, brauchen wir wieder Geld für eine Minderheit, welche terrorisiert. Die Allgemeinheit muss für diese Minderheit bezahlen.

Rainer Hugener, GP, stellt fest, dass wir über die gesellschaftliche Entwicklung diskutieren. War denn früher alles gut? Die GP-Fraktion denkt, dass die Eltern Mut zur Erziehung haben, Werte vermitteln und Grenzen setzen müssen. Sie sind für das vorliegende Projekt, legen jedoch Wert darauf, dass die Person dazu sorgfältig ausgesucht wird. Grundsätzlich müssen die Erziehungsberechtigten vermehrt eingebunden werden.

Hansruedi Wespi, SVP, meint, dass wir nun wieder eine Stelle haben und die Verantwortung niemand trägt. Die Vorlage gibt Anstoss zu weiteren Vorlagen, sei es zur Verlängerung oder zur Ausweitung auf andere Schulanlagen. Deshalb plädiert er, den Antrag abzulehnen.

Thomas Brunner, EVP, wäre dankbar gewesen, es hätte die Schulsozialarbeit schon zu seiner Schulzeit gegeben. Er verlor in der 6. Klasse seine Mutter und fiel nur dank des extrem grossen Engagements seines Lehrers nicht durch alle Maschen. Er findet das Projekt aus eigener Erfahrung sinnvoll und sehr gut.

Stadträtin Erika Klossner erläutert, dass die Erarbeitungszeit dieses Projektes lange war. Die Kompetenzen und Befugnisse wurden lange diskutiert und erst dann wurde der Antrag der Schulpflege unterbreitet. Es ist wichtig, dass die Schüler eine Anlaufstelle haben, welche das Amtsgeheimnis wahrt und in die sie Vertrauen haben. Massnahmen dürfen von der Schulsozialarbeit keine gesprochen werden, das ist Sache der Schulpflege. Die Jugendanwaltschaft hat erfahrungsgemäss weniger Arbeit, wenn Schulsozialarbeiter vor Ort sind. Jeder Lehrabbruch kostet uns viel Geld. Ein Projekt könnte sein, den Abschlussklassen bekannt zu machen, dass sie auch nach Verlassen der Schule noch auf Hilfe zählen können, insbesondere dann, wenn jemand noch keine Lehrstelle gefunden hat und nicht mehr weiter weiss. Allgemein kann man Prävention nicht ausweisen. Erika Klossner selber führt pro Woche fünf bis sechs Gespräche betreffend Verweisen. Aber wir kommen nicht nur mit Drohen weiter. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass wenn sich das Projekt als Erfolg weist, es weiter ausgebaut wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 10. Juni 2004

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die versuchsweise Einführung der Schulsozialarbeit an der Volksschule Illnau-Effretikon für die Schuljahre 2004/05, 2005/06 und 2006/07 wird bewilligt.
2. Für die Kosten wird ein Rahmenkredit von Fr. 265'000.00 zulasten der Laufenden Rechnung (Jahresrechnungen 2004-2007) bewilligt. Die entsprechenden Teilbeträge sind in die Voranschläge aufzunehmen.
3. Für die Fortsetzung resp. definitive Einführung der Schulsozialarbeit hat die Schulpflege im Herbst 2006 eine neue Vorlage zu unterbreiten.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
5. Mit der Durchführung wird die Schulpflege beauftragt.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Schulpflege, dreifach, zum Vollzug,
 - c) die Finanzverwaltung.

Beschluss erfolgte einstimmig.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 11.06.2004

ms